

50 Jahre Römische Verträge – Das Kolpingwerk bezieht Position

Die am 25. März 1957 unterzeichneten Römischen Verträge sind die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft und bilden mit der bereits zuvor erfolgten Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl den Kern und die Grundlage des europäischen Integrationsprozesses. In der Präambel des EWG-Vertrages sind die Ziele beschrieben, die bis heute den europäischen Integrationsprozess bestimmen:

- die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes der Länder,
- die Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen,
- die Wahrung von Frieden und Freiheit
- die Schaffung der Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker.

Viel ist in den letzten 50 Jahren erreicht worden und die Bürger Europas dürfen mit Recht stolz auf die Ergebnisse des europäischen Integrationsprozesses zurückschauen, gehören doch die Staaten der Europäischen Union zu dem Teil der Welt, in dem Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit weitgehend verwirklicht sind, der Friede gesichert und das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist.

Doch trotz der erreichten Erfolge stehen immer mehr Bürger dem europäischen Integrationsprozess und seiner Fortführung skeptisch gegenüber, weil sie einerseits die erreichten Erfolge bereits für selbstverständlich erachten und zum anderen fürchten, dass die EU nicht in der Lage ist, gemeinsam Antworten auf die mit der fortschreitenden Globalisierung entstehenden neuen Herausforderungen zu geben.

Auch der europäische Integrationsprozess selbst steckt in einer Krise, da durch die erfolgte Ausweitung der Mitgliederstaaten die Gefahr der Überdehnung des europäischen Integrationsprozesses wächst, die Unterschiedlichkeit der Erwartungen der einzelnen Staaten an die Europäische Union zunimmt, ohne dass die Finalität der Europäischen Union festgeschrieben ist und die fehlenden Reformen die Entscheidungsfähigkeit der EU schwächen. Konkreter Ausdruck der Krise ist das zumindestens vorläufige Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrages. Trotz dieser Krise gilt es jedoch daran festzuhalten, dass

die Europäische Union nicht nur eine Antwort auf die durch überzogenen Nationalismus selbstzerstörerischen Kriege Europas ist, sondern auch eine überzeugende Antwort auf eine grundlegende veränderte Weltpolitik.

Damit die EU aber auch in Zukunft die in der Präambel des EWG-Vertrages formulierten Ziele gerecht werden kann, steht Europa vor der Herausforderung:

- Perspektiven für die weitere europäische Integration aufzuzeigen, die einerseits den erreichten Grad der politischen Integration nicht verwässern und gleichzeitig Wege aufzeigen, wie durch ein engeres Zusammenwirken einzelner Staaten, die europäische Integration fortgeführt werden kann.
- Entscheidungswege innerhalb der EU zu finden, die transparent sind und das immer noch vorhandene Demokratiedefizit weiter abbauen.
- Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell zu stärken und für die Wirtschaft einen Ordnungsrahmen zu setzen, der die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärkt, ohne das Ziel des sozialen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit sowie die Tradition einer humanistischen Arbeitskultur aufzugeben.
- Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten stärker zu harmonisieren, um einen ruinösen Wettbewerb der Volkswirtschaften im Hinblick auf niedrigere Steuersätze und Sozialstandards zu verhindern.
- Sich den demographischen Problemen Europas durch eine Stärkung von Ehe und Familie und eine effizientere Unterstützung der Familien mit Kindern zu stellen.

Das Kolpingwerk Europa bekennt sich zur Fortführung des europäischen Integrationsprozesses und lässt sich von der Vision eines föderalen Europas leiten, in dem bei der Zuordnung der Verantwortung für die unterschiedlichen Politikbereiche das Prinzip der Subsidiarität strikt beachtet wird und die Ziele der Wahrung von Freiheit und Frieden, der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und der Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen weiterhin Richtschnur des politischen Handelns sind.

Diese Ziele können jedoch nur auf einem festen gemeinsamen Wertefundament realisiert werden, welches im Kern im Respekt vor der Menschenwürde wurzelt und das in der Charta der Grundrechte der Union eine konkrete Ausfaltung erfahren hat. Für den Erhalt dieses Wertefundaments und für die weiteren Schritte auf dem Weg zum Ausbau der europäischen Einigung sind nicht allein die Politiker verantwortlich, sondern alle EU-Bürger.

Das Kolpingwerk stellt sich dieser Herausforderung und wird aus christlicher Verantwortung sich vor allem den folgenden Aufgaben stellen:

1. Verteidigung der Menschenwürde

Die Sicherung der Menschenwürde unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion und ethnischer Angehörigkeit ist und bleibt die zentrale Aufgabe für den Erhalt des Wertefundaments der Europäischen Union. Gerade am Beginn und am Ende des Lebens wird diese Würde jedoch zunehmend in Frage gestellt und der Wert und die Würde menschlichen Lebens ökonomischen Interessen und reinem Zweckdenken untergeordnet.

2. Förderung von Ehe und Familie

Ehe und Familie bilden über alle Generationen und Kulturräume hinweg die Lebensform, die ein Raum für soziale Nähe und Solidarität darstellt und in der die Verantwortung füreinander und das Miteinander verschiedener Generationen eingeübt und gelebt wird. Andere soziale Gemeinschaften und Lebensformen können diese für den Zivilisationsprozess wichtigen Erfahrungen nicht liefern und haben daher auch nicht den gleichen Anspruch auf institutionelle Absicherung und Förderung. In der Familie erlebt der junge Mensch wie Freiheit und Verantwortung und Rücksichtnahme verbunden werden muss, um ein friedliches Zusammenleben zu sichern. In Familien werden daher die kulturellen Voraussetzungen geschaffen, die Grundlage jeder freiheitlichen Ordnung sind.

3. Einsatz für Freiheit und Demokratie

Die Freiheit des Menschen ist Teil seiner Menschenwürde und betont die Individualität jedes Einzelnen. Dabei steht der Mensch immer in der Gefahr, diese persönliche Freiheit zu verlieren durch gesellschaftliche und politische Systeme, aber auch dadurch, dass er die sich

ihm öffnenden Freiheitsräume nicht verantwortungsvoll nutzt. Freiheit bedeutet immer auch soziale Verantwortung. Freiheit ohne soziale Bindung allerdings führt letztlich in die Zerstörung dieser Freiheit, da der Einzelne immer auch auf andere angewiesen ist. Im demokratischen System ist im Vergleich mit allen anderen politischen Systemen die Freiheit des Einzelnen am stärksten gesichert. Der Einsatz für den Erhalt der Demokratie und der Befähigung den Bürger zu demokratischem Handeln ist damit letztlich auch ein Einsatz für die persönliche Freiheit, die in Verantwortung wahrgenommen werden muss.

4. Stärkung der Solidarität

Ebenso wie die Freiheit ist die solidarische Mitverantwortung ein zentrales Merkmal der Würde des Menschen und Ausfluss des christlichen Menschenbildes. Die Solidarität beginnt dabei in der eigenen Familie und muss über solidarische Gemeinschaften eine weltweite Dimension bekommen. Die konkret gelebte Solidarität in Europa und die Bereitschaft zum Teilen setzt eine umfassende Kenntnis der Lebenssituation der Menschen in den verschiedenen Teilen Europas voraus und die Erkenntnis, dass nur gemeinsam die Herausforderungen einer globalisierten Welt bestanden werden können. Die Solidarität in Europa wird nur dann wachsen können, wenn man stärker auch das miteinander Verbindende entdeckt.

5. Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit

Die in einer Gesellschaft praktizierte Gerechtigkeit ist nicht nur die Grundlage für den sozialen Frieden in einer Gesellschaft, sondern auch für die Zufriedenheit der Bürger mit einer politischen und gesellschaftlichen Ordnung. In den letzten Jahren hat sich ein zunehmendes Gefälle der Einkommen in Europa entwickelt, was den Rückhalt der EU bei den Bürgern gefährdet. Es wird daher darauf ankommen, die Prinzipien der Verteilungs-, Beteiligungs- und Generationengerechtigkeit verstärkt zu einer Richtschnur für politisches und gesellschaftliches Handeln zu machen.

6. Eintreten für eine kulturelle Identität und Beheimatung

Die wachsende Globalisierung lässt beim einzelnen Menschen ein Ohnmachtsgefühl wachsen gegenüber politischen Entscheidungen, die ihn in seinem persönlichen Lebensbereich

betreffen, ohne dass er auf diese Entscheidungen Einfluss nehmen kann. Dies führt zu einer wachsenden Orientierungslosigkeit und zu einem Gefühl des Ausgeliefertseins. Diesem Trend entgegen steht die Suche der Menschen nach einer neuen Geborgenheit und einem Heimatgefühl, das er vor allem in seiner regionalen oder nationalen Kultur sucht. Dies zeigt, dass der Mensch eine kulturelle Verwurzelung braucht, auch um sich den wachsenden Herausforderungen einer globalisierten Welt stellen zu können. Auch eine Rückbesinnung auf die gemeinsamen Wurzeln der europäischen Kultur in der klassischen Antike, dem christlich jüdischen Erbe und der Aufklärung kann das Gefühl der Beheimatung im weltweiten Zusammenhang stärken.

Das Kolpingwerk Europa nimmt den 50. Jahrestag der Europäischen Verträge zum Anlass, um alle seine Mitglieder und Gruppierungen aufzufordern, sich wieder verstärkt an der Diskussion über die zukünftige Gestalt der Europäischen Union, den Grenzen ihrer Erweiterung und den Lösungen für die aktuellen Herausforderungen und Probleme zu beteiligen. Das Kolpingwerk sieht als kath. Sozialverband eine Mitverantwortung darin, sich an der weiteren Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses zu beteiligen und für den Erhalt des dem Integrationsprozess zu Grunde liegenden Wertefundaments einzusetzen.

Straßburg, den 14. Februar 2007

Für das Kolpingwerk Europa:

Anton Salesny
Europabeauftragter
Internat. Kolpingwerk

Alois Schröder
Europapräses
Kolpingwerk Europa

Barbara Breher
Vorsitzende
Kolpingwerk Europa

Hubert Tintelott
Generalsekretär
Internat. Kolpingwerk